

Für den Erhalt von Schulen und Hortbetreuung in staatlicher Hand Schluss mit Schulschließungen und Privatisierungswahn

Unter der politischen Verantwortung von Herrn Hapel (Stadtrat für Schule, Bildung und Kultur) und der verwaltungsmäßigen Federführung von Herrn Gapp (Schulplan1) sind in den letzten knapp 3 Jahren insgesamt 8 Beschlüsse über Schulschließungen durchgesetzt worden:

- Schwielowsee-Grundschule
- Barnim/Uckermark-Grundschule
- Malteser-Grundschule
- Steinwald-Grundschule
- Steinwald-Schule als Standort für lernbehinderte Schüler
- Hermann-Köhl-Schule (Verbundene Haupt- und Realschule)
- Bobertal-Schule (Hauptschule)
- Grundschule im Taunusviertel (BVV-Beschluss liegt noch nicht vor! Bezirksschulbeirat hat mit großer Mehrheit abgelehnt!)

Dies geschah und geschieht weiterhin teilweise gegen den erbitterten Widerstand von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Interessenvertretungen und anderer Gruppierungen.

Weitere Schulschließungsmaßnahmen sind nach den Plänen des Schulträgers nicht ausgeschlossen. Auch wenn einige der Schulstandorte in andere Schulen integriert bzw. anders genutzt sind, setzt sich mit dieser Schulschließungskampagne der Schulträger in Tempelhof-Schöneberg mit an die Spitze aller Berliner Regionen.

Wir fordern: Schluss mit den Schulschließungen!

Wir fordern die zuständigen Regional- und Stadtpolitiker auf, den Schülerrückgang endlich für pädagogische Verbesserungen zu nutzen und nicht eine Schule nach der anderen zu schließen. Seit Jahren wird beispielsweise von Lehrern, Eltern und Berufsverbänden eine Senkung der Klassenfrequenzen verlangt. Ein größeres Platz- und Raumangebot an den Schulen könnte vielfältig genutzt werden, beispielsweise für mehr Teilungs- und Förderunterricht und/oder für vermehrte Angebote im Freizeitbereich, sowie endlich auch für Lehrerarbeitsplätze oder Pausenräume für Beschäftigte im Ganztagsbetrieb in ausreichender Zahl.

Die Raumnot, die an vielen Schulen herrscht, könnte durch zusätzliche Räumlichkeiten deutlich verringert werden. Auch klagen die Kolleginnen und Kollegen, die bereits in der verbindlich eingeführten Schulanfangsphase arbeiten, über fehlende Räume. Andere Grundschulen wehren sich gegen die Umsetzung der Schulanfangsphase, weil sie die notwendigen Räume dafür nicht haben.

Die noch nicht durchgeführten Schließungen sind deshalb auszusetzen und die Beschlusslage ist noch einmal zu überprüfen. Während Gesamtkonzepte immer noch fehlen, werden ohne Beteiligung der Beschäftigten Tatsachen geschaffen, die unumkehrbar sind und weitere Verbesserungen in den Schulen behindern.

Darüber hinaus gibt es sehr weit vorangeschrittene Planungen im Hause des Senators, den gesamten Bereich der Hortbetreuung aus der staatlichen Verantwortung zu entlassen und in die Privatisierung zu führen.

Nach einem Referentenentwurf zur Änderung diverser Gesetze (u.a. Schulgesetz, Personalvertretungsgesetz) soll ab August 2009 die Hortbetreuung der Grundschulen auf freie Träger übertragen werden; nur noch in Ausnahmefällen soll die Hortbetreuung bei den staatlichen Erzieher/innen verbleiben.

Was vor ca. 6 Jahren mit der Übertragung der Kitas vorgemacht wurde, soll jetzt bei den Schulen nachgemacht werden.

Der PR wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese Privatisierungsabsichten der Senatsverwaltung und fordert den Erhalt der staatlichen Verantwortung und der Arbeitsplätze auch im Bereich der Erziehung.

Personalversammlungen, der Gesamtpersonalrat, viele regionale Personalräte, Gewerkschaften und Verbände haben in zahlreichen Schreiben ihre Argumente gegen die Privatisierung der Hortbetreuung vorgebracht.

Einige dieser Argumente stellen wir in diesem Schreiben noch einmal zusammen:

Eine Umfrage der Senatsschulverwaltung im Februar 2008 an den Grundschulen ergab aus nachvollziehbaren pädagogischen Gründen, dass die meisten Schulen die Übertragung ihres Hortes an freie Träger ablehnten. Die Begründung dafür war unter anderem, dass bereits bestehende Pädagoginnenteams auseinandergerissen werden und Konzepte nicht mehr verwirklicht werden können, weil bestehende Kooperationen zwischen Lehrkräften und Erzieherinnen zerstört würden.

Des Weiteren setzt diese Vorgehensweise der Senatsverwaltung BWF ein riesiges Umsetzungskarussell in Gang und das vor dem Hintergrund, dass vor allem im Westteil der Stadt die Verlagerung der Kitahorte an die Schule für viele Kolleginnen schon mit persönlichen Einschnitten verbunden war.

*Diese Kolleginnen sind erneut zum Teil zum 5. bis 6. Mal von Umsetzung bedroht.
(GPR 19.05.2008)*

Die Erzieher/innen, die für die Hortbetreuung zuständig waren und sind, haben unter schwierigen Startbedingungen begonnen und haben die Anfänge der Ganztagsbetreuung begleitet und soziale Kontakte zu den der Schule anvertrauten Kindern aufgebaut. Sie brauchen dringend Unterstützung auch von Lehrkräften, die ihre Bemühungen anerkennen und sie in ihren Forderungen nach einer verbesserten Personalausstattung, Bereitstellung von Vertretungskräften im Bedarfsfall und dem Erhalt ihres Arbeitsplatzes unterstützen.

Kontinuität in der Erziehung ist eine wichtige Voraussetzung für die emotionale und soziale Stabilität von Kindern. Diese wird durch ständige personelle Wechsel, die sachlich völlig unbegründet sind, erheblich gefährdet. Dies geschieht aus unserer Sicht allein aus fiskalischen Gründen, da man langfristig meint, mit privaten Trägern billiger wirtschaften zu können. Dass Privatisierung nicht unbedingt billiger und schon gar nicht immer qualitativ besser bedeutet, wissen wir alle auch aus ganz anderen Bereichen (z.B. der Wasser- und Energieversorgung), und wir sind als Personalvertretung bitter enttäuscht über eine Senatsverwaltung, die sich als unfähig erweist ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag mit eigenem öffentlichen Personal in qualitativ guter Weise auch umzusetzen.

Die personelle Unterausstattung im Ganztagsbetrieb der Grundschulen haben nicht die Erzieher/innen vor Ort zu verantworten, sondern diese ist ausschließlich der mangelnden Bereitschaft der zuständigen Politiker geschuldet, für gute Qualität in der Bildung auch die entsprechenden notwendigen Mittel bereitzustellen.

Die Privatisierungstendenzen im Hortbereich werden das Einfallstor zu weiteren Privatisierungen darstellen – dann vielleicht sogar vollständiger Schulen. Entsprechende Pläne und begehrlische Blicke privater Träger gibt es durchaus.

In dieser Diskussion geht es jedoch auch um den Erhalt bzw. die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Was jetzt bei den Erzieher/innen anfängt, kann durchaus auch bei den Lehrkräften und anderen Berufsgruppen fortgesetzt werden.

Der Personalrat setzt sich vehement dafür ein, dass eine qualitative Verbesserung – sowohl in der unterrichtlichen als auch in der außerunterrichtlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit – in der öffentlichen Verantwortung bleibt und ausschließlich durch Neueinstellungen von gut ausgebildetem Personal in staatlicher Trägerschaft umgesetzt wird. (PR07 06.06.2008)

Personalrat der LehrerInnen und Erzieherinnen (SenBWF), John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin, www.pr-ts.de

Zimmer 147 - 150 ☎ (030) 7560 - 64 73 / 61 99 / 3619 📠 Fax 7560 - 3524

Sprechzeiten Di. 13 - 15 Uhr / Do.14 - 16 Uhr od. nach Vereinbarung